
| | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|-------------------------|
| Amt für Finanzen und Beteiligungen Amtsleiter Joachim Hainbuch Tel.: 07161/202-222 | Verwaltungsausschuss Öffentlich | 21.03.2014 TOP Nr. 7 |
| | Kreistag Öffentlich | 28.03.2014 |

Allgemeine Finanzprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) des Landkreises Göppingen einschließlich AWB für die Jahre 2006 – 2009/2010

I. Beschlussantrag Kenntnisnahme

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg hat in der Zeit vom 19.09.2011 bis 19.12.2011 (mit Unterbrechungen) eine Allgemeine Finanzprüfung für die Jahre 2006 bis 2009 einschließlich einer Prüfung des Abfallwirtschaftsbetriebs für die Jahre 2006 bis 2010 durchgeführt.

Schwerpunkte der Prüfung waren die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung des Landkreises sowie die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Abfallwirtschaftsbetriebs.

Die Prüfungsinhalte waren im Einzelnen:

1. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landkreises

Es wurden formale Abweichungen bei der Aufstellung und Vollständigkeit der Jahresrechnungen beanstandet. Im Kassenbereich wurde die unvollständige Dienstweisung der Kreiskasse beanstandet, in der schriftliche Regelungen für einzelne Bereiche (Kraftfahrzeugzulassungsstelle Geislingen, Geldautomat zur Barauszahlung von Leistungen des Dezernats 4 sowie Parkscheinautomat am Landratsamt) fehlten. Diese Regelungen wurden mittlerweile in der Dienstweisung getroffen.

Alle von der Prüfung beanstandeten Sachverhalte sind aufgearbeitet.
Die Beanstandungen hatten keine finanziellen Auswirkungen.

2. Soziale Sicherung

Die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände (LWV) und deren teilweise Aufgabenübertragung auf die Stadt- und Landkreise sowie die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Leistungssystem der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) prägen die Entwicklung der Sozialausgaben seit dem Jahr 2005 nachhaltig.

In Stichproben sind Fälle aus den Bereichen der Sozialpädagogischen Familienhilfe, der Vollzeitpflege und der Heimerziehung, insbesondere im Hinblick auf die Fallsteuerung, untersucht worden. Beanstandet wurde hierbei die teils deutlich über zwei Jahre dauernde Laufzeit der sozialpädagogischen Familienhilfe und die teils wiederholte Verlängerung der zeitlichen Befristung von einem halben Jahr. In manchen Einzelfällen stehen alternative Lösungen jedoch nicht zur Verfügung, bzw. können nicht umgesetzt werden, da im Grunde eine Minimalstabilisierung zur Aufrechterhaltung des Kindeswohls verfolgt wird. Die bisherigen halbjährlichen Befristungen der Hilfen werden aufgehoben und durch eine einzelfallorientierte zeitliche Planung der Hilfen ersetzt.

3. Beteiligungsverwaltung

Beanstandet wurde hier die mangelnde Steuerung und Kontrolle bzw. Überwachung der Beteiligungsgesellschaften durch die fehlenden Personalressourcen im Finanzdezernat. Nicht alle erforderlichen Unterlagen über die Gesellschaften (z.B. Gesellschaftsverträge, Wirtschaftspläne, Protokolle) lagen dem Amt für Finanzen und Beteiligungen vor.

Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Landkreises und die zukünftigen finanziellen Belastungen, wie jährliche Fehlbetragsabdeckungen und die von der Geschäftsführung der Kliniken des Landkreises Göppingen gGmbH vorgesehenen hohen Investitionen, schlug die GPA vor, die Beteiligungsverwaltung zu intensivieren um eine frühzeitige Einbeziehung der Landkreisverwaltung in die Planungen zu ermöglichen.

Die nach den Gesellschaftsverträgen den Gesellschafterversammlungen vorbehaltenen Beschlussfassungen bedürfen vor der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung einer Entscheidung des Kreistags, da diese Aufgaben nicht zu den Geschäften der laufenden Verwaltung bzw. nicht zu den nach der Hauptsatzung auf den Landrat oder auf die beschließenden Ausschüsse übertragenen Aufgaben gehören. Dieser Punkt ist mittlerweile umgesetzt.

Da im Bereich Finanzwesen durch die NKHR- Einführung keine freien Kapazitäten für die Beteiligungsverwaltung mehr bestehen, ist vorgesehen, mit der im Verwaltungsausschuss am 17.01.2014 beschlossenen neuen Stelle die Beteiligungsverwaltung zu intensivieren und die geforderte Beteiligungsrichtlinie zu erarbeiten.

4. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des AWB

Die Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens des AWB wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 18.03.2014 beraten.

Von einer förmlichen Schlussbesprechung wurde nach dem Ergebnis der Prüfung durch die GPA abgesehen.

Der Prüfungsbericht ging der Verwaltung mit Schreiben vom 04.07.2012 zu. Da die Beantwortung des Prüfungsberichts mitten in die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen fiel, wurde der Verwaltung auf ihr Schreiben vom 22.01.2013 Fristverlängerung bis zum 01.03.2013 gewährt. Mit Schreiben vom 10.09.2013 wurde abschließend Stellung zum Prüfungsbericht genommen.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Erlass vom 10.12.2013 die uneingeschränkte Bestätigung zum Abschluss des Prüfungsverfahrens nach § 48 Landkreisordnung (LKrO) i.V.m. § 114 Abs. 5 Satz 2 Gemeindeordnung (GemO) erteilt.

Die Allgemeine Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt erfolgt zusätzlich zur örtlichen Prüfung (Eigenprüfung) der Jahresrechnungen durch das Kreisprüfungsamt. Die Jahresrechnungen der Jahre 2006 bis 2009/2010 wurden jeweils vom Kreisprüfungsamt geprüft und nach Kenntnisnahme der Prüfungsberichte durch den Kreistag festgestellt.

III. Handlungsalternativen

Keine.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Keine.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

| Zukunfts- und Verwaltungsleitbild | Übereinstimmung/Konflikt 1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung | | | | |
|---------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Themen des Zukunftsleitbildes nicht berührt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

| | | | | | |
|------------------------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Themen des Verwaltungsleitbildes nicht berührt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |